Gemeinsames Positionspapier
der Industrie-und Handelskammern in Baden-Württemberg zum Bau des SuedLink

(verabschiedet von der Vollversammlung der IHK Region Stuttgart am 7.12.2016)

Stromerzeugung im Wandel

Die **Energiewende** in Deutschland bringt einen **massiven Umbau der Stromwirtschaft** mit sich. Der Atomausstieg einerseits und der Zubau von Stromerzeugungsanlagen aus regenerativen Energieträgern wie Wind, Sonne und Wasserkraft andererseits stellen Energieversorgungsunter-nehmen und Stromnetzbetreiber gleichermaßen vor **große Herausforderungen**.

In **Süddeutschland** liegen wegen des hohen Industriebesatzes zahlreiche **Lastzentren**, deren Strombedarf bislang überwiegend aus Kohle- und vor allem aus Kernkraftwerken gedeckt wurde. Diese gehen nun sukzessive vom Netz, **ohne** dass diese in naher Zukunft **durch grundlastfähige Kraftwerke** im Süden der Republik **ersetzt** werden würden.

In **Norddeutschland** dagegen ist die Stromerzeugungslandschaft schon heute durch **Zeiten von Überangebot** gekennzeichnet. Dazu kommt, dass in Norddeutschland im Zuge des Atomaus-stiegs weniger Erzeugungskapazitäten als in Süddeutschland abgeschaltet werden. Zusätzlich liegt der Schwerpunkt des **weiteren Zubaus erneuerbarer Kapazitäten**, v.a. bei der Windenergie, ebenfalls in Norddeutschland. Die Folge dieser Entwicklung ist eine weiter **steigende räumliche Ungleichheit von Stromangebot und Stromnachfrage**. Oder mit anderen Worten: Stromangebot und Stromnachfrage decken sich künftig räumlich noch weit weniger als dies bisher ohnehin schon der Fall war. Der Strom wird immer weniger dort produziert, wo er gebraucht wird.

Eine **Lösung dieses Problems** liegt im **Netzausbau**, der von der Politik mit dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) und dem Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) beschlossen wurde. Ziel ist es, den Strom von den Erzeugungsschwerpunkten in Norddeutschland zu den Verbrauchsschwer-punkten in Süddeutschland zu transportieren.

Neben zahlreichen Netzneubaumaßnahmen geringeren Umfangs sowie Netzverstärkungen sind die **Kernprojekte** des Stromleitungsneu- und -ausbaus drei im BBPlG normierte Stromleitungen in Hochspannungsgleichstromübertragungs-Technik (**HGÜ-Leitungen**): im Westen die als **„Ultranet“** bezeichnete Verbindung von Emden (Niedersachsen) über Osterrath (Nordrhein-Westfalen) nach Philippsburg (Baden-Württemberg), in der Mitte Deutschlands die weitgehend auf einer gemeinsamen Trasse verlaufende Doppelleitung und **„SuedLink“** genannte Verbindung von Brunsbüttel und Wilster (beide in Schleswig-Holstein) nach Großgartach (Baden-Württemberg) und Grafenrheinfeld (Bayern) sowie die im Osten als **„Gleichstrompassage Süd-Ost“** bezeichnete Verbindung von Lauchstädt (Sachsen-Anhalt) nach Meitingen (Bayern).[1]

[1] Für die Gleichstrompassage Süd-Ost ist nun auch eine Alternativführung von Lauchstädt nach Landshut in der Diskussion.

Am 1. Juli 2015 haben die Koalitionsspitzen in Berlin einen **energiepolitischen Kompromiss** geschlossen, der – motiviert durch zahlreiche Bürgerproteste gegen die Stromleitungen – u. a. einen generellen Vorrang der Erdverkabelung vor Freileitungen vorsieht. Darüber hinaus soll ins-besondere für den SuedLink eine alternative Trassenführung für den Abzweig der Haupttrasse nach Großgartach in Baden-Württemberg geprüft werden.

Mit diesem politischen Kompromiss sind die bisherigen Planungen für den **SuedLink**, der gerne auch als **„Hauptschlagader der Energiewende“** bezeichnet wird, weitgehend Makulatur. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des SuedLink wird sich dadurch deutlich verzögern. So gehen selbst die Netzbetreiber bereits von Zeitverzögerungen beim Bau des SuedLink von bis zu drei Jahren aus.[2] Der Vorrang der Erdverkabelung kann zwar zu mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung führen, bedeutet aber technische Herausforderungen und schafft neue Betroffenheiten an anderer Stelle. Schon formieren sich neue Gruppen, die der Erdverkabelung gegenüber skeptisch eingestellt sind (z.B. aus der Landwirtschaft). Nicht zuletzt führt der Vorrang der Erdverkabelung zu Mehrkosten in Milliardenhöhe.

Während aber der **Zeitpunkt des Atomausstiegs fest steht** und die letzten Kernkraftwerke in Süddeutschland **im Jahr 2022** endgültig vom Netz gehen werden, wird eine **Realisierung des SuedLink** bis zu diesem Zeitpunkt **immer unwahrscheinlicher**. Infolge dessen werden **Eingriffe in die Netzstabilität**, z. B. über „redispatch“ in Süddeutschland und die (entschädigungspflichtige) Zwangsabschaltung von Windkraftanlagen in Norddeutschland, immer häufiger notwendig werden. Dass diese Maßnahmen die **Kosten massiv in die Höhe** treiben werden, liegt auf der Hand. Auch die europäischen Nachbarländer, wie Polen, Tschechien und Österreich, sind immer mehr betroffen und müssen durch den fehlenden Netzausbau vermehrt in den Regelbetrieb der eigenen Kraftwerke eingreifen. Darüber hinaus droht eine Teilung der Deutsch-Österreichischen Strompreiszone. Dies schadet zusätzlich dem europäischen Wettbewerb im Strommarkt. Zudem wird der Vorrang der Erdverkabelung beim Bau der Stromleitung zu einer Kostensteigerung in nicht unerheblicher Höhe führen. All diese **Kosten** werden wiederum **von allen Stromkunden in Deutschland** über steigende Netzentgelte getragen werden müssen.

Dies kann sich der Wirtschaftsstandort Deutschland, der schon heute unter einem der weltweit höchsten Industriestrompreise ächzt, auf Dauer nicht leisten. Und nicht nur das: die Verzögerungen bei der Umsetzung des SuedLink gefährden die Versorgungssicherheit Süddeutschlands!

Deshalb: Umsetzung des SuedLink so zügig wie möglich!

[2] Vgl. hierzu z.B. die Aussage von Lex Hartmann, TennetTSO, bei der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags am Mittwoch, den 14. Oktober 2015.

Verzögert sich der Bau und die Inbetriebnahme des SuedLink weiter, wird dieses Projekt schnell von der „Hauptschlagader“ zur „Achillesferse“ der Energiewende. Dies muss unter allen Umständen vermieden werden. Die Industrie- und Handelskammern entlang des SuedLink fordern die Politik in Bund und Ländern deshalb dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass

1. die Planungen für den Bau des SuedLink forciert und beschleunigt werden,
2. der Bau des SuedLink sich nicht weiter verzögert, sondern die Voraussetzungen hierfür zügig geschaffen werden,
3. Erdkabel v.a. dort Vorrang erhalten, wo es aufgrund der räumlichen Voraussetzungen sinnvoll und zwingend erforderlich ist sowie
4. Bereits bei der Planung der Erdverkabelung eine Kostenoptimierung angestrebt wird.

Bei allem Verständnis für die Suche der Politik nach Kompromissen, weist die Wirtschaft darauf hin, dass weitere zeitliche Verzögerungen große Nachteile für die regionale Wirtschaft auslösen könnten.